

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 190 (2024)
Heft: 3

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

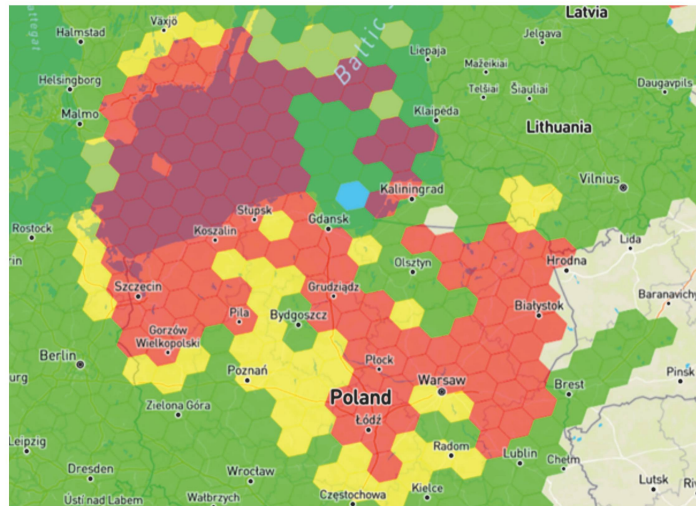
Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLEN

Massive Störungen des GPS durch Russland

Im Schatten der eskalierenden Spannungen zwischen den NATO-Mitgliedern und Russland hat sich Polen zu einem zentralen Akteur in der strategischen Landschaft Osteuropas entwickelt. Dies ist insbesondere auf die Konzentration auf die Modernisierung seiner militärischen Fähigkeiten und die Bewältigung der Herausforderungen zurückzuführen, die sich unter anderem durch GPS-Störungen in der Region um die Suwalki-Lücke ergeben. Dieser schmale Korridor, der sich etwa 100 Kilometer entlang der litauisch-polnischen Grenze erstreckt, ist ein kritischer Knotenpunkt, der die baltischen Staaten mit dem Rest der NATO verbindet. Seine Bedeutung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Im Falle eines Konflikts mit Russland dient er als potenzieller Krisenherd und bietet eine direkte Route für militärische Kräfte. Die GPS-Störung durch Jamming hat direkte Auswirkungen auf militärische Operationen, insbesondere für die NATO und ihre Verbündeten. So wurde die Präzision der an die Ukraine gelieferten Waffen beeinträchtigt, was die Anfälligkeit der Abhängigkeit von GPS für militärische Manöver aufzeigt. Das Jamming beeinträchtigt nicht nur die Wirksamkeit militärischer Operationen, sondern stellt auch eine erhebliche Herausforderung für die Sicherheits- und Verteidigungsstrategien der NATO-Staaten dar. Es könnte das Vertrauen der Öffentlichkeit in Verteidigungssysteme wie das polnische Aegis-Raketenabwehrsystem untergraben, das zwar in erster Linie radargestützt ist, aber dennoch als verwundbar angesehen werden könnte.



Signalstörungen um die Ostsee am 19. Januar 2024. Bild: GPSJam

Im zivilen Bereich haben die Störungen zu Unterbrechungen der Flugzeugnavigation geführt. Flugzeuge, die die betroffenen Gebiete überflogen, wiesen Interferenzen auf, was zu potenziellen Sicherheitsrisiken führte. Diese Störungen betreffen nicht nur militärische Belange, sondern auch die kommerzielle Luftfahrt und verdeutlichen die allgemeine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit durch GPS-Störungen und Täuschung im Cyberraum. Da verschiedene Sektoren für Navigation und Zeitmessung auf GPS angewiesen sind, können solche Störungen weitreichende wirtschaftliche und sicherheitstechnische Auswirkungen haben. Dies unterstreicht die Notwendigkeit robuster Gegenmassnahmen und alternativer Navigationslösungen. Der strategische Einsatz von GPS-Störsendern durch Russland, wie er durch die von Kaliningrad ausgehenden Vorfälle nahegelegt wird, hat erhebliche Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen. Dieser Akt der elektronischen Kriegsführung kann als eine Form der Aggression interpretiert werden, die die Entschlossenheit und die Fähigkeiten der NATO und ihrer Verbündeten auf die Probe stellt. Er lässt eine Eskalation der Spannungen zwischen Russland und dem

Westen befürchten, was zu einer weiteren Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen führen könnte. Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf diese Vorfälle wird von entscheidender Bedeutung sein, um Präzedenzfälle für den Umgang mit ähnlichen Akten der elektronischen Kriegsführung in der Zukunft zu schaffen. Polens Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz hat deshalb die Dringlichkeit der Vorbereitung auf mögliche Feindseligkeiten unterstrichen und dabei erneut nicht nur die Beschaffung umfangreicher Rüstungsgüter, sondern auch die Bedeutung einer wirksamen Ausrüstung der einzelnen Soldaten hervorgehoben. Im Januar konnte Polen seine militärischen Fähigkeiten durch den Erhalt von 29 zusätzlichen M1A1-Abrams-Kampfpanzer aus den Vereinigten Staaten erheblich stärken, womit sich der Bestand auf 69 Einheiten erhöht. Dies folgt auf eine Reihe von Vereinbarungen mit den USA, darunter ein 1,4-Milliarden-Dollar-Geschäft über 116 M1A1-Abrams-Panzer und ein separater Vertrag über 250 M1A2-SEPv3-Modelle, was Warschaus Engagement für die Stärkung seiner militärischen Infrastruktur unterstreicht. Die Beschaffung von Abrams-Panzern durch Polen ist aus

mehreren Gründen einzigartig in der europäischen Sicherheitslandschaft. Erstens ist Polen damit der erste US-Verbündete in Europa, der diese modernen Kampffahrzeuge erhält, was die strategische Partnerschaft zwischen Polen und den USA und ihr gemeinsames Engagement für die Stärkung der Ostflanke der NATO unterstreicht. Zweitens sind die Abrams-Panzer für ihre hervorragenden Fähigkeiten bekannt, darunter eine überlegene Panzerung, Feuerkraft und Mobilität, die Polens Verteidigungs- und Abschreckungsposition in einer Region mit erhöhten Sicherheitsunsicherheiten erheblich verbessern. Darüber hinaus spiegelt die Ankunft der Abrams-Panzer in Polen den Trend wider, dass europäische Staaten der Modernisierung ihrer Panzertruppen Priorität einräumen. Der Schritt steht auch im Einklang mit den Bemühungen innerhalb der EU und der NATO, die Integration und Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu fördern, um eine robuste und einheitliche Reaktion auf Herausforderungen zu gewährleisten. Dieser ganzheitliche Ansatz für die militärische Bereitschaft spiegelt das Engagement Polens wider, eine zentrale Rolle in der kollektiven Verteidigung Europas zu spielen. Zu Polens Antwort auf diese Herausforderungen gehört die Verpflichtung, die Ukraine gegen die russische Aggression zu unterstützen. Ministerpräsident Donald Tusk betonte die moralische und strategische Notwendigkeit der Unterstützung Kiews. Diese Unterstützung erstreckt sich auch auf gemeinsame Initiativen zur Rüstungsproduktion, die nicht nur die militärischen Fähigkeiten der Ukraine stärken sollen, sondern auch zur polnischen Verteidigungsindustrie und ihrer Fähigkeit beitragen, auf neue Bedrohungen zu reagieren. *pk*

Ein gemeinsames Abzeichen verbindet!



WAFFEN- SAMMLERBÖRSE



22. – 24.03.24 MESSE LUZERN

Fr+Sa 10–18 | So 10–17 WAFFENBÖRSE24.ch

Mountain Hornets

Peter Lewis
Aldo Wicki

Mountain Hornets

200 Seiten, 8-farbig, 30 x 35.5 x 3cm

...“this is not an ordinary book, it is art!”

Katsuhiko Tokunaga (Aerial Photographer)

...“es ist in einer Qualitätsstufe
welche ich selten gesehen habe!”

Andy Lüthy (Nikon Coordinator)

...“die Perfektion, die Einstellungen
sind sehr Eindrücklich!”

Thomas Freitag (CEO Bubu AG)

...“was ganz speziell ist, es hat Bilder
die nicht alltäglich sind!”

Thomas Peier (F/A-18 Pilot)

Lassen Sie ihre 2D-Welt weit hinter sich und heben Sie ab in den Alpenhimmel mit den F/A-18 Hornet der Schweizer Luftwaffe in ihrer spektakulären Bergwelt.

Die Weltklasse-Fotografen Aldo Wicki und Peter Lewis haben die ultimative Galerie visueller Brillanz hoch oben in den Lüften geschaffen.

Teammedia ist stolz darauf, in Zusammenarbeit mit Nikon und der Schweizer Luftwaffe diesen exklusiven, hochwertigen Bildband zu präsentieren, der in bester Druckqualität und mit branchenweit führender Buchbindung hergestellt wurde.

Sichern Sie sich Ihr persönliches Exemplar dieses luxuriösen Bildbandes über die F/A-18 in der Schweiz.

Atemberaubende Hornet-Bilder verwoben mit subtil platzierten stimmungsvoll verfassten Texten begleiten

Sie auf ihren Flügen über die Alpengipfel und weit darüber hinaus bei Trainingseinsätzen im Ausland.

Bestellen bei: www.mountain-hornets.ch



VEREINIGTES KÖNIGREICH

Rekrutierungsprobleme auch wegen Covid-19

Die britische Armee sieht sich seit einigen Jahren mit signifikanten Rekrutierungsproblemen konfrontiert. Die Zahl der Neurekruten reicht nicht aus, um die Abgänge zu kompensieren, was zu einem Rückgang der Gesamtstärke der Streitkräfte führt. Verschiedene Faktoren, wie gesundheitliche Anforderungen und die Folgen der Covid-19-Pandemie, tragen zu diesen Schwierigkeiten bei. Um mehr Bewerber anzuziehen, wurden

die Gesundheitskriterien für die Aufnahme in die britische Armee bereits gelockert. So wurde der zulässige Body-Mass-Index für Männer von 28 auf 32 angehoben, während der BMI für Frauen bei 28 unverändert blieb. Dennoch stellen gesundheitliche Probleme weiterhin ein Hindernis für viele potenzielle Rekruten dar. Die Pandemie hat diese Problematik noch verschärft, da selbst milde Covid-Infektionen zu langfristigen Folgen führen können. Unspezifische Symptome, die verschiedene Organsysteme betreffen, verhindern, dass potenzielle Rekruten die strengen gesundheitlichen Anforderungen der Armee erfüllen. Eine Erhebung des Office for Na-

tional Statistics vom Ende des Jahres 2023 zeigt, dass 12 Prozent der Bevölkerung auch Wochen nach einer Covid-Infektion noch Symptome aufweisen. In der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen gaben 57,89 Prozent an, dass ihre Beschwerden nach körperlicher Anstrengung deutlich zunehmen. Besonders alarmierend ist der fast 30-prozentige Anstieg von Herzinfarkten bei den 25- bis 44-Jährigen seit Beginn der Pandemie. Die Armee hat bereits eine milde Covid-Erkrankung als Ausschlusskriterium im Bewerbungsprozess festgelegt. Trotz verschiedener Massnahmen, wie einer kontrovers diskutierten Werbekampagne im Computerspiel Fortnite, die gezielt

Millennials ansprach und zu einer Verdoppelung der Bewerbungen führte, könnte der Versuch scheitern, mehr Soldaten zu gewinnen. Zudem wird zunehmend auf Männer und Frauen aus ärmeren Commonwealth-Ländern zurückgegriffen, um die personellen Lücken zu schliessen. Der scheidende Chef des Generalstabs der britischen Armee, General Sir Patrick Sanders, forderte Ende Januar eine deutliche Erhöhung der Truppenstärke. Er betonte, dass es innerhalb der nächsten drei Jahre realistisch sein müsse, von einer britischen Armee mit 120 000 Mann zu sprechen, einschliesslich der Reserve- und strategischen Reserveeinheiten. *pk*

RUSSLAND/BELARUS

Gipfeltreffen mit zahlreichen Abkommen

Ende Januar 2024 kamen der russische Präsident Wladimir Putin und der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko in St. Petersburg zusammen, um die Vertiefung der russisch-belarussischen Allianz zu diskutieren. Zu den Kernthemen ihres Gesprächs zählte die Festigung ihrer strategischen Partnerschaft, die Teil eines 25-jährigen Unionsvertrags ist. Dieser Vertrag sieht zwar keine vollständige Verschmelzung der beiden Staaten vor, aber er legt den Grundstein für enge politische, wirtschaftliche und militärische Beziehungen. Während des Treffens unterstrich Putin die Wichtigkeit der engen Zusammenarbeit zwischen Russland und Belarus angesichts des beispiellosen internationalen Drucks und signalisierte eine einheitliche Position auf der globalen Bühne. Es wurde auch die Stationierung russischer Nuklearwaffen in Belarus thematisiert, die im Oktober des

Vorjahres abgeschlossen wurde, wobei die genaue Anzahl der Waffen nicht öffentlich gemacht wurde.

Die Bedeutung dieses Treffens ist nicht zu unterschätzen, da Belarus ein Schlüsselverbündeter Russlands ist, insbesondere im Kontext des Konflikts in der Ukraine. Belarus hat russischen Streitkräften die Nutzung seines Territoriums erlaubt und erhält im Gegenzug russische Subventionen und politische Unterstützung. Dies hat Lukaschenko geholfen, seine Macht nach den umstrittenen Wahlen im Jahr 2020 zu festigen. Die Stationierung der Nuklearwaffen wird als Abschreckungsversuch gegenüber dem Westen gesehen und bringt diese Waffen näher an die NATO-Grenzen. Auf dem Treffen wurden auch neue Integrationsprogramme für die Jahre 2024 bis 2026 besprochen, die auf die Schaffung eines gemeinsamen kulturellen, humanitären, wissenschaftlichen, bildungspolitischen und migrationspolitischen Raums abzielen. Zudem soll der gegenseitige Handel gefördert werden, der sich einem Rekordwert von fast 50 Milliarden Euro annähert. Die Staatschefs sprachen



Am St. Petersburger Gipfel sitzen zuoberst an den Tischen die Präsidenten von Russland und Belarus. Bild: Kreml

auch über die sozioökonomische Entwicklung der neu durch Russland annektierten ukrainischen Gebiete, die kollektiv als Föderativer Staat Neurussland bezeichnet werden. Spezifische Abkommen betreffen grosse gemeinsame Projekte zur Importsubstitution und zur Produktion wettbewerbsfähiger Produkte. Zudem wurde ein Programm für koordinierte aussenpolitische Massnahmen des Unionsstaates bis 2026 verabschiedet, das eine noch engere Abstimmung zwischen Russland und Belarus in internationalen Angelegenheiten vorsieht. Es wurden auch Vereinbarungen über die Logistik für den Transport belarussischer Exportgüter über russische Häfen getroffen. All diese Abkommen gelten als Schritte zur weiteren wirtschaftlichen Integration im Rahmen des Unionsstaates, ei-

ner Vereinbarung, die seit Jahren diskutiert und weiterentwickelt wird. Der Unionsstaat zielt auf enge politische, wirtschaftliche und militärische Beziehungen ab, ohne eine vollständige Fusion der beiden Staaten zu implizieren. Auf dem Treffen wurde auch die Schaffung gemeinsamer Märkte für Gas, Öl und Erdölprodukte diskutiert. Obwohl diese Themen noch nicht vollständig geklärt sind, wurden Vereinbarungen getroffen, und es wird erwartet, dass die Regierungen diese aktiv umsetzen werden. Lukaschenkos Kommentare während des Treffens spiegelten seine Sicht auf die Entscheidungen der Ukraine und der baltischen Staaten wider, indem er andeutete, dass diese Länder letztendlich zu engeren Beziehungen mit Russland und Belarus zurückkehren könnten. *pk*

IRAN

Unruhestifter
im Nahen Osten

Im Januar kam es zu einer bemerkenswerten Eskalation der militärischen Aktivitäten des Iran. Besonders die Zunahme der iranischen Militärmanöver in der Nähe strategischer Wasserstrassen sind besorgniserregend, was die Spannungen mit den Nachbarländern und der internationalen Gemeinschaft verschärft hat. Diese Aktionen werden als Versuch des Irans gewertet, seine Dominanz und seinen Einfluss in der Region zu behaupten, insbesondere angesichts der Wirtschaftssanktionen und des internationalen Drucks. Darüber hinaus gab es einen Anstieg von Cyberangriffen, die iranischen Kräften zugeschrieben werden

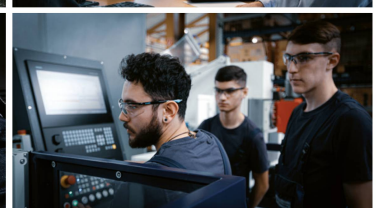
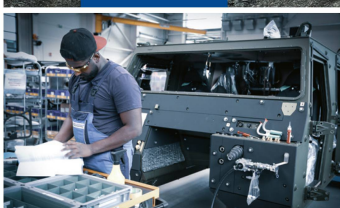
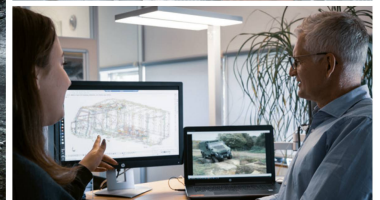
und auf die Infrastruktur in Nachbarländern abzielen. Diese Cyberoperationen stellen eine Verlagerung der Kriegsführungstaktik dar und verdeutlichen die zunehmende Rolle der Technologie in modernen Konflikten. Die Auswirkungen dieser Aktionen gehen über unmittelbare Störungen hinaus und stellen langfristige Sicherheitsherausforderungen für die Region dar. An der diplomatischen Front war der Februar durch ein komplexes Zusammenspiel von Allianzen und Spannungen gekennzeichnet. Die Beziehungen des Irans zu den Grossmächten, darunter Russland und China, haben sich gefestigt, gemeinsame Militärübungen und Wirtschaftsabkommen signalisieren eine sich vertiefende Partnerschaft. Diese Allianzen sind für den Iran von entscheidender Bedeutung, da sie ihm inmitten der anhaltenden Sanktionen wirtschaftliche

Lebensgrundlagen und militärische Unterstützung bieten. Umgekehrt sind die Beziehungen des Irans zu den westlichen Ländern weiterhin angespannt. Die Bemühungen um eine Wiederbelebung des Atomabkommens sind ins Stocken geraten, da beide Seiten auf ihren Forderungen beharren. Der Mangel an Fortschritten bei den Verhandlungen hat zu einer Pattsituation geführt, die sich möglicherweise auf die regionale Stabilität auswirkt. Die jüngsten Ereignisse haben insgesamt auch die humanitäre Krise in der Region verschärft, da Millionen von Menschen von Vertreibung, Ernährungsunsicherheit und gesundheitlichen Notlagen betroffen sind. Auf wirtschaftlicher Ebene haben die Spannung und die damit verbundenen Sanktionen nicht nur den Iran, sondern auch seine Handelspartner in Mitleidenschaft gezogen. Die Ungewissheit in



Angegriffen: US-Base bei den syrischen Koniko-Gasfeldern.
Bild: Iranische Revolutionsgarde

diesem Zusammenhang hat zu Schwankungen bei den globalen Ölpreisen geführt, die sich auf die Volkswirtschaften weltweit auswirken. Je weiter sich die Krise zuspitzt, desto wichtiger ist es für alle Beteiligten, dem diplomatischen Engagement Priorität einzuräumen und friedliche Lösungen anzustreben. Die Kosten eines anhaltenden Konflikts sind zu hoch und haben weitreichende Auswirkungen auf die regionale Stabilität, die wirtschaftliche Sicherheit und das Wohlergehen von Millionen von Menschen. *pk*

swiss made Kompetenz und Leistung
für Schutz und Sicherheit**GENERAL DYNAMICS**
European Land Systems-Mowag

gdels.com

We Enable Military Mobility

NORWEGEN

Kriegsvorbereitungen wegen Russland

General Eirik Kristoffersen, der Oberbefehlshaber der norwegischen Streitkräfte, hat in den vergangenen Monaten wiederholt auf die zunehmende Bedrohung durch Russland hingewiesen. Er hat öffentlich vor den Risiken eines potenziellen Angriffs gewarnt und die Bevölkerung Norwegens aufgerufen, sich auf eine solche Möglichkeit vorzubereiten. Kristoffersen machte deutlich, dass es wichtig sei, dass die Norweger in der Lage seien, mindestens drei Tage ohne externe Unterstützung zu überstehen. Diese Äusserungen betonen die Ernsthaftigkeit der Situation und die Wichtigkeit für die Bürger, sich auf Notfälle einzustellen. Kristoffersen nannte Russland explizit als möglichen Angreifer und wies darauf hin, dass Russland seine Wirtschaft bereits auf eine langfristige Kriegsfüh-

rung ausgerichtet hat. Zudem konnte Russland sein Militär schneller ausbauen, als noch im Jahr 2022 angenommen wurde. Vor diesem Hintergrund bereiten sich die norwegischen Streitkräfte auf eine mögliche Verteidigung gegen einen russischen Einmarsch vor, was auch im Rahmen von NATO-Grossmanövern geübt wird. Ein Schwerpunkt dieser Übungen ist die Sicherung der norwegischen Fjorde sowie die Verteidigung des Baltikums, bei der die deutsche Bundeswehr eine wichtige Rolle spielt.

Eine aktuelle Studie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik deutet darauf hin, dass Russland seine Landstreitkräfte innerhalb von sechs Jahren auf einen Angriff gegen den Westen vorbereiten könnte. Dies unterstreicht, dass die NATO und ihre Mitgliedstaaten, einschliesslich Norwegen, in einem Wettlauf mit der Zeit stehen, um ihre Verteidigungsfähigkeiten zu stärken und anzupassen. Kristoffersen sprach auch die Veränderungen an der norwegisch-russischen Grenze

an. Die russischen Truppen in der Nähe der Grenze wurden reduziert, und die meisten Landstreitkräfte wurden offenbar in die Ukraine verlegt. Nachdem Norwegen zu Beginn des letzten Jahres mehrere russische Diplomaten wegen Spionageverdachts ausgewiesen hat und daraufhin von Moskau auf die Liste der Russland feindlich gesinnten Länder gesetzt wurde, hat Norwegen seine Verteidigungs- und Sicherheitskooperation mit anderen nordischen Ländern und den Vereinigten Staaten intensiviert, insbesondere im Bereich der Spionageabwehr. Im Dezember 2023 unterzeichneten Dänemark, Finnland und Schweden bilaterale Verteidigungskooperationsabkommen mit den USA, nachdem die Vereinigten Staaten und Norwegen bereits 2022 ein ähnliches Abkommen geschlossen hatten. Diese Abkommen sind Teil einer umfassenderen Strategie zur Verbesserung der Sicherheit in der nordischen Region, einschliesslich der multinationalen Übung Nordic Response im März 2024, die sich auf Nord-

norwegen, Schweden und Finnland konzentriert.

Der norwegische Polizeisicherheitsdienst hat darauf hingewiesen, dass die Bedrohung durch russische Spionage weiterhin besteht, auch wenn sie durch die Ausweisungen deutlich zurückgegangen ist. Die meisten der ausgewiesenen Diplomaten waren entweder als angeworbene Agenten im Land tätig oder arbeiteten direkt für den zivilen russischen Spionagedienst FSB oder den militärischen Nachrichtendienst GRU und waren unter anderem an der Überwachung der norwegischen Kommunikationsnetze beteiligt. Diese Massnahmen spiegeln Norwegens Engagement für den Schutz seiner nationalen Interessen und seiner Sicherheit wider und unterstreichen die Solidarität als NATO-Mitglied mit anderen Ländern der Nordatlantischen Allianz. Kristoffersen warnt, dass Europa noch zwei, vielleicht auch drei Jahre Zeit hat, sich auf einen Krieg mit Russland vorzubereiten. *pk*

HAITI

Prekäre Lage

Seit Jahresbeginn hat sich die Sicherheitslage in Haiti dramatisch verschlechtert, geprägt von einem deutlichen Anstieg gewalttätiger Konflikte zwischen Gangs und anhaltender politischer Instabilität. Laut einem Bericht der Vereinten Nationen wurden über 300 000 Menschen infolge der Gewalttätigkeiten innerhalb des Landes vertrieben. Die Situation hat fast die Hälfte der Bevölkerung in den Zustand der Nahrungsmittelunsicherheit versetzt, während die Zahl der intern vertriebenen Kinder sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt

hat und nun bei 170 000 liegt. Eine im Januar abgehaltene Informationsveranstaltung des UN-Sicherheitsrats legte die vielschichtige Krise des Landes offen, die durch politische Sackgassen und zunehmende Gewaltakte gekennzeichnet ist. Obwohl der Rat bereits 2023 die Entsendung einer multinationalen Sicherheitsunterstützungsmission nach Haiti genehmigt hatte, verzögerte sich deren Einsatz, was zu einer weiteren Verschlechterung der Lage führte. Im Februar eskalierten die Spannungen, als in ganz Haiti gewaltsame Proteste ausbrachen. Die Demonstranten forderten den Rücktritt von Ariel Henry, dem amtierenden Regierungschef, der seine geplante Amtsabgabe am 7. Februar zurückzog. Trotz der an-



Massenproteste in Port-au-Prince. Bild: Dan Mutungi

haltenden Proteste appellierte Henry an die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren, und versprach, Massnahmen zur Wiederherstellung des Friedens zu ergreifen. Die Proteste setzten sich jedoch fort, und die Polizei griff zu Gewalt, um die Demonstrationen aufzulösen, was zu Todesfällen führte. Die humanitäre Situation in Haiti ist äusserst prekär. Der humanitäre

Reaktionsplan des Landes für das Jahr 2023 wurde lediglich zu 34 Prozent finanziert. Ohne zusätzliche Unterstützung sieht sich Haiti im Jahr 2024 mit mehreren Risiken konfrontiert, darunter politische Instabilität, eskalierende Gewalt und eine sich weiter verschärfende humanitäre Krise, die erhebliche Hindernisse für die Erholung des Landes darstellen. *pk*